



Zofingen, 19. Oktober 2015/sa

Interpellation

Sparmassnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen (Version 2015)

Gestützt auf §28 der Gemeindeordnung der Stadt Zofingen reichen die Unterzeichnenden nachstehendes Begehren ein:

Noch vor 3 Jahren wurde der Bevölkerung mit dem Argument der „Entlastung“ eine weitere Steuergesetzrevision schmackhaft gemacht. Aufgrund der daraus resultierenden Mindereinnahmen sieht sich die Regierung nun dazu gezwungen – wie letztes Jahr mit der „Leistungsanalyse“ – noch weitere Leistungen abzubauen. Daher behandeln der Aargauer Regierungsrat und das Parlament derzeit ein weitgehendes Spar- und Abbaupaket; speziell im Bereich Bildung soll wieder stark abgebaut werden.

Vor Jahresfrist hat die SP-Fraktion bereits eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht, auf eine Antwort warten wir heute noch. Am 8. März 2015 hat das Aargauer Stimmvolk ein Abbaupaket über 17 Millionen Franken, mit einem Nein-Stimmenanteil von 55,85 Prozent abgelehnt. Das Paket enthielt 15 Massnahmen, so beispielsweise die Abschaffung des Berufswahljahrs oder eine Kostenbeteiligung an den Mittelschulen für das Freifach Instrumentalunterricht.

Besonders prekär: Massnahmen, die das Volk abgelehnt hat, sollen nun via Grossrat durchgedrückt werden. Der geplante Leistungsabbau beim Kanton wird über kurz oder lang zu Mehrausgaben bei den Gemeinden führen. Die Mindereinnahmen bei den Gemeindesteuern (einfache Steuer sinkt) werden die Gemeinden zwingen, Leistungen abzubauen oder den Steuerfuss zu erhöhen. Weil der Kanton Aargau wiederholt für Gutverdienende Steuern gesenkt hat, bleibt jetzt kein Geld mehr für wichtige Leistungen. Jetzt von der Bevölkerung zur Korrektur einer verfehlten Steuerpolitik derartige Opfer zu verlangen, ist unfair und zynisch. Zofingen selber wurde bereits Opfer einer einschneidenden Massnahme und verliert nun die Berufsberatungsstelle.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, nachfolgende Fragen zu beantworten. Die Fragen beziehen sich sowohl auf die Massnahmen in der Vorschlagskompetenz der Regierung als auch auf jene in der Kompetenz des Parlaments.

1. Welche Massnahmen aus den aktuellen Spar- und Abbaumassnahmen betreffen Zofingen kurz-, mittel- und langfristig? Von welchen Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Kultur, Bildung und Umwelt sind Projekte oder Vorhaben in Zofingen jetzt oder in Zukunft betroffen?



2. Welche der zur Streichung vorgeschlagenen öffentlichen Dienstleistungen will der Stadtrat mit einem kommunalen Angebot kompensieren, welche nicht?
3. Es werden zahlreiche Unterstützungsangebote für Menschen mit finanziellen, beruflichen oder sozialen Problemen gekürzt oder gestrichen. Rechnet der Stadtrat auf Grund dieser Abbaupläne mit einer Zunahme der Kosten in Zofingen?
4. Wie beurteilt der Stadtrat generell die Zunahmen der kommunalen Belastung mit Aufgaben und Kosten, welche durch die Einsparungen auf Kantonsebene eintreten werden?
5. In welchen Bereichen sieht er in absehbarer Zukunft zusätzliche Kosten auf die Gemeinde zukommen?
6. Bringt sich der Stadtrat in den bestehenden Austauschgefässen mit dem Kanton politisch ein (z.B. Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau)?
7. Wenn ja, arbeitet er darauf hin, dass sich die Aufgaben- und Kostenverteilung in Zukunft nicht weiter zu Ungunsten von Zentrumsgemeinden verschieben?
8. Werden die Anliegen der Stadt Zofingen durch die Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau genügend vertreten oder müsste ein anderes Gefäss die Anliegen der Zentrumsgemeinden vorbringen um die Kluft Stadt/Land besser aufzeigen zu können?

Zofingen, 19.10.2015
SP/JUSO-Fraktion des Einwohnerrates

Der Erstunterzeichnende

Mitunterzeichnende